

Heeres, mit Ausnahme des preussischen Contingents, weil Preußen einen Act gewaltsamer Selbsthilfe vollzogen, den die Bundes-Versammlung gemäß Artikel 19 der Wiener Schlußacte zu verhindern verpflichtet sei. Dieser Antrag wurde schon in der Sitzung vom 14. Juni, trotz des Protestes des preussischen Bundestags-Gesandten (von Savigny) gegen jede geschäftliche Behandlung des Antrages als eines materiell und formell bundeswidrigen, mit 9 Stimmen gegen 6 angenommen. Zur Majorität gehörten Oesterreich, Baiern, Württemberg, Sachsen, Hannover, beide Hessen, Nassau und die 16. Curie, deren Vertreter, Victor von Strauß, beschuldigt wird, seinem Mandate eine falsche Auslegung gegeben zu haben*). Baden enthielt sich der Abstimmung. Nachdem diese erfolgt war, erklärte der Vertreter Preußens, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr als verbindlich ansehen und denselben als erloschen behandeln werde. Zugleich legte der Gesandte den ausführlichen Entwurf einer Neugestaltung des Bundes vor, welcher mit dem zu berufenden Parlamente zu vereinbaren sei. Von dem Gebiete des neuen Bundes sollten die kaiserlich österreichischen und die königlich niederländischen Landestheile ausgeschlossen sein. Die Majorität der Bundes-Versammlung erklärte Preußens Austritt aus dem Bunde für ungesetzlich, während die Staaten der Minorität dem Beispiele Preußens folgten und ihre Vertreter von Frankfurt abberiefen. Am folgenden Tage (15. Juni) bot Preußen seinen unmittelbarsten Nachbarn unter den Gegnern, Sachsen, Hannover, Kurhessen und Nassau, nochmals die Hand zum Frieden unter sehr gemäßigten Bedingungen: unverzügliche Abrüstung und Ausschreibung der Wahlen für das Parlament gleichzeitig mit Preußen, dagegen sollten ihr Besitzstand und ihre Souverainetäts-Rechte nach Maßgabe der Reform-Vorschläge gesichert sein. Da die Antworten bei allen ablehnend lauteten, so ließ Preußen schon am 16. Juni Truppen in die 3 Mittelstaaten des Nordens einrücken: unter Vogel v. Falckenstein und von Manteuffel in Hannover, unter dem Prinzen Friedrich Karl und Herwarth von Bittenfeld in Sachsen und unter von Beyer in Kurhessen. „Oesterreich hatte die Initiative der Rüstungen ergriffen“, sagen die amtlichen (Berliner) Nachrichten, „Preußen erfaßte die des Handelns.“

*) Graf Bismarck bemerkt in einer Depesche (vom 22. Juni) an die Vertreter Deutschlands im Auslande: „Von den sechs kleinen Staaten der 16. Curie hatten drei (Lippe, Waldeck und Neuf-Schleiz) dem Repräsentanten der Curie vorgeschrieben, gegen den österreichischen Antrag zu stimmen. Der vierte Staat, Schaumburg-Lippe, hat sich, nach einer officiellen Mittheilung des Fürsten, der Abstimmung enthalten. Es war also nur das 6000 Einwohner zählende Lichtenstein, welches seine Instructionen zu Gunsten Oesterreichs abgegeben, und Neuf-Greiz, dessen Abstimmung noch nicht verificirt worden; in jedem Falle war die Majorität der Curie für die Verwerfung des österreichischen Antrages. — Dazu kommt noch, daß das von Braunschweig und Nassau gemeinschaftlich abgegebene Botum von der Majorität hätte abgezogen werden müssen, weil beide entgegengesetzter Meinung waren. So hätte sich dann Stimmengleichheit ergeben.“